

Der US-Autor und Friedensaktivist Norman Solomon wirft der Führung der Demokratischen Partei vor, durch das Herbeireden eines Konfliktes mit Russland von ihrer Verantwortung für die Niederlage bei der US-Präsidentenwahl ablenken zu wollen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 069/17 – 03.05.17

Mit ihren Anschuldigungen gegen Russland will die Führungselite der Demokratischen Partei an der Macht bleiben und Bernie Sanders kaltstellen

Von Norman Solomon
truthdig, 20.04.17

(http://www.truthdig.com/report/item/blaming_russia_helps_democratic_partys_anti-bernie_elites_20170420)

Nach Hillary Clintons verheerender Wahlniederlage vor fast sechs Monaten mussten ihre mächtigen Verbündeten in der Führung der Demokraten fürchten, die Kontrolle über die Partei zu verlieren. Frau Clintons populistische Lippenbekenntnisse zu wirtschaftlichen Veränderungen, die ihre engen Verbindungen zur Wall Street nicht kaschieren konnten, hatten den katastrophalen Misserfolg verursacht. Nach der Niederlage bestand die Gefahr, dass die von Bernie Sanders (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bernie_Sanders) repräsentierten progressiveren Kräfte in der Demokratischen Partei deren konzernhörige Führung stürzen würden.

Im Bündnis mit Frau Clinton musste die Führungselite der Demokratischen Partei versuchen, ihre Entmachtung zu verhindern. Hätte sie die wahren Gründe für die Wahlniederlage zugegeben, hätte sie gleichzeitig zurücktreten und dem Drängen der Basis auf wirtschaftliche Veränderungen nachgeben müssen. Unter einer neuen Führung hätten sich die Demokraten wieder mit den großen Banken, der Wall Street und den Konzernen anlegen müssen.



Tom Perez und Bernie Sanders
bei einem Interview mit dem TV-Sender MSNBC
(s. <http://www.msnbc.com/all-in/watch/sanders-i-don-t-consider-myself-a-democrat-924041283893>)

Kurz gesagt, das Establishment der Demokratischen Partei musste den wachsenden Einfluss des Senators Bernie Sanders umgehend eindämmen, und im Zusammenspiel mit den Massenmedien ist ihm das auch gelungen.

Diese Eindämmungsbemühungen lassen sich in dem kurzen Satz zusammenfassen: Russland ist an allem schuld!

Als der Winter begann, war es der Führungselite der Demokratischen Partei tatsächlich gelungen, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Mit dem Konstrukt, Russland und Wladimir Putin hätten Donald Trump zum Wahlsieg verholfen, konnte die Parteiführung der Demokraten von der eigenen Verantwortung für die Wahlniederlage ablenken. Inzwischen sind alle ernsthaften Versuche, die wahren Ursachen für den Niedergang der Demokratie in den USA – die Wahlbeeinflussung durch den Finanzsektor und die rechtswidrige Entfer-

nung von Wahlberechtigten aus den Wählerlisten – aufzuzeigen, als weitgehend gescheitert anzusehen. [s. auch http://www.truthdig.com/avbooth/item/robert_scheer_the_russians_arent_coming__the_deep_state_is_audio_20170403 (und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP18116_211216.pdf)]

So konnte das Establishment der Demokraten eine Untersuchung seines eigenen Versagens verhindern, die Partei weiterhin führen und seine guten Kontakte zu Banken und Konzernen aufrechterhalten. Ende Februar hat Bernie einem Reporter gesagt: "In der Demokratischen Partei gibt es einige Leute, die überhaupt nichts verändern wollen. Es ist ihnen lieber, mit der Titanic untergehen, als ihre Kabinen in der 1. Klasse aufzugeben." [s. <https://www.nytimes.com/2017/03/13/magazine/democratic-party-election-trump.html>]

Um in der sich abzeichnenden Katastrophe nicht auf ihr Leben in Luxus verzichten zu müssen, hat die Führung der Demokratischen Partei mit enormem politischem Einsatz Wladimir Putin zum Erzschurken erklärt. Was tatsächlich geschehen ist, war irrelevant, wurde ignoriert oder abgestritten. [s. auch <https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2017-03-10/russia-trump-and-new-d-tente> (und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05617_120417.pdf)]

Mit nahezu einmütiger Unterstützung der demokratischen Abgeordneten und Senatoren im US-Kongress hat die Führung der Demokratischen Partei ihre Bemühungen, Moskau als "Hauptstadt im Reich des Bösen" anzuprangern, immer wieder verstärkt. Anstatt in einer unabhängigen Untersuchung klären zu lassen, ob die russische Regierung tatsächlich die US-Wahl beeinflusst hat, gerieten die Demokraten mit ihrer offiziell vertretenen Parteilinie in immer größeren Widerspruch zu vorgelegten stichhaltigen Gegenbeweisen. [s. <https://consortiumnews.com/2017/03/31/blaming-russia-for-everything/>]

Wegen ihrer gewaltigen politischen Investitionen in die Dämonisierung des russischen Präsidenten, die auch schon im Hinblick auf ihre Strategie für die 2018 und 2020 anstehenden Wahlen erfolgt sind, betrachtet die Führung der Demokratischen Partei alle Bemühungen um einen Abbau der Spannungen zwischen den USA und Russland als kontraproduktiv. Ihr Kalkül birgt aber die große Gefahr, dass die Spannungen zwischen den beiden Atommächten eskalieren und zu einem atomaren Inferno führen. [s. <http://thebulletin.org/timeline>]

Auf diesem Weg scheinen die führenden Demokraten außerdem dazu entschlossen zu sein, die kritischen Stimmen, die Bernie während des Wahlkampfs geweckt hat, wieder zum Schweigen zu bringen. Tom Perez, der neue Vorsitzende des Democratic National Committee / DNC (des Parteivorstandes der Demokraten, s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee), kann sich nicht dazu durchringen, auch nur einmal zu sagen, dass die Macht der Wall Street gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist. Das wurde auch in dieser Woche in einem Live-Interview im Fernsehen wieder sehr deutlich.

In dem 10-minütigen Interview, das er am Dienstagabend zusammen mit Bernie Sanders gab, hat Perez nur die gleichen hohlen Phrasen und abgedroschenen Allgemeinplätze von sich gegeben, die auch schon den lahmen Wahlkampf Hillary Clintons prägten [s. dazu auch <https://www.commondreams.org/news/2017/04/19/under-perez-dnc-still-resisting-call-name-enemy>]

Während Sanders sehr offen argumentierte, antwortete Perez nur ausweichend. Sanders sprach über die Ungerechtigkeit des US-Wirtschaftssystems, Perez schimpfte nur über Trump. Sanders zeigte einen realisierbaren Weg in eine umfassende, fortschrittliche Wirt-

schaftsreform auf, Perez sicherte den Opfern der US-Wirtschaftsordnung mit rhetorischen Leerformeln Unterstützung zu, ohne die Verursacher ihrer Notlage auch nur zu erwähnen.

In einem in der Zeitschrift *The Nation* veröffentlichten scharfen Artikel schrieb Robert Borosage (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Campaign_for_America%27s_Future) letzte Woche: "In allen dringenden Appellen an die Parteimitglieder, im Streit mit Trump einig zu sein, hat die Führung der Demokratischen Partei nie einen Zweifel daran gelassen, dass dabei alle ihrer Fahne zu folgen haben. Deshalb hat sie auch mit allen Mitteln verhindert, dass der Abgeordnete Keith Ellison, der dem Congressional Progressive Caucus (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Congressional_Progressive_Caucus) vorsitzt, auch Vorsitzender des DNC wurde. Und deshalb werden auch immer noch die Messer gewetzt, um Sanders und seine Anhänger auszuschalten." [s. <https://www.thenation.com/article/democrats-shouldnt-be-trying-to-banish-tulsi-gabbard/>]

Bernie ist zwar kein ausgesprochener Gegner der US-Kriegspolitik, steht Militärinterventionen der USA aber wenigstens etwas kritischer gegenüber als die Führung der Demokraten, die sie meistens befürwortet. Borosage hat den Demokraten außerdem vorgeworfen, dass ihre Führung mit der Unterstützung einer orthodoxen Militärpolitik an den Desastern mitschuldig ist, die das US-Militär im Irak, in Libyen und in anderen Staaten angerichtet hat: "Die Demokraten fechten gerade einen wichtigen Streit aus, in dem entschieden wird, wofür sie eintreten, und wen sie repräsentieren. Dabei findet auch eine Debatte über die von beiden großen Parteien betriebene interventionistische Außenpolitik statt, die so kläglich versagt hat."

Für den kriegstreiberischsten Flügel der Demokraten, der die de facto neokonservative Außenpolitik Hillary Clintons immer unterstützt hat, war der Marschflugkörper-Angriff auf einen syrischen Flugplatz, den die Trump-Regierung am 6. April angeordnet hat, nur der Auftakt für ein stärkeres militärisches Engagement der USA in Syrien. Dieser Angriff auf einen engen Verbündeten Russlands belegt, dass der immer noch von führenden Demokraten erhobene Vorwurf, Trump kollaboriere mit den Russen, Wirkung zeigt und hat in ihnen die Hoffnung geweckt, dass sie Trump auch dazu bringen können, einen Regimewechsel nicht nur in Syrien, sondern auch noch in anderen Staaten zu betreiben [s. <https://consortiumnews.com/2017/04/16/what-russia-gate-has-wrought/>]

Der innenpolitisch motivierte Raketenangriff auf Syrien zeigt, wie gefährlich es ist, Trump weiterhin der Kollaboration mit Russland zu bezichtigen und ihn damit zu weiteren Provokationen gegenüber Russland anzustacheln. Ein militärischer Zusammenstoß zwischen den beiden atomaren Supermächten muss unbedingt verhindert werden. Die konzernhörigen Kriegstreiber an der Spitze der Demokratischen Partei setzen aber andere Prioritäten.

Norman Solomon ist der Koordinator der online agierenden Aktivistengruppe [RootsAction.org](http://www.rootsaction.org) (s. <http://www.rootsaction.org/about-rootsaction>) und der verantwortliche Direktor des Institute for Public Accuracy (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Institute_for_Public_Accuracy). Er hat ein Dutzend Bücher geschrieben, darunter auch das Buch "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death", das 2016 in deutscher Übersetzung unter dem Titel "WAR MADE EASY (Krieg leicht gemacht) – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag erschienen ist.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Lesenswert sind auch seine unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06117_190417.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10116_290716.pdf aufzurufenden Artikel. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Blaming Russia Helps Democratic Party's Anti-Bernie Elites Maintain Power

By Norman Solomon / Posted on Apr 20, 2017

After Hillary Clinton's devastating loss nearly six months ago, her most powerful Democratic allies feared losing control of the party. Efforts to lip-sync economic populism while remaining closely tied to Wall Street had led to a catastrophic defeat. In the aftermath, the party's progressive base—personified by Bernie Sanders—was in position to start flipping over the corporate game board.

Aligned with Clinton, the elites of the Democratic Party needed to change the subject. Clear assessments of the national ticket's failures were hazardous to the status quo within the party. So were the groundswells of opposition to unfair economic privilege. So were the grass-roots pressures for the party to become a genuine force for challenging big banks, Wall Street and overall corporate power.

In short, the Democratic Party's anti-Bernie establishment needed to reframe the discourse in a hurry. And—in tandem with mass media—it did.

The reframing could be summed up in two words: Blame Russia.

By early winter, the public discourse was going sideways—much to the benefit of party elites. The meme of blaming Russia and Vladimir Putin for the election of Donald Trump effectively functioned to let the Wall Street-friendly leadership of the national Democratic Party off the hook. Meanwhile, serious attempts to focus on the ways that wounds to democracy in the United States have been self-inflicted—whether via the campaign finance system or the purging of minorities from voter rolls or any number of other systemic injustices—were largely set aside.

LISTEN: The Russians Aren't Coming—the Deep State Is

Fading from scrutiny was the establishment that continued to dominate the Democratic Party's superstructure. At the same time, its devotion to economic elites was undiminished. As Bernie told a reporter on the last day of February: "Certainly there are some people in the Democratic Party who want to maintain the status quo. They would rather go down with the Titanic so long as they have first-class seats."

Amid great luxury and looming catastrophe, the party's current hierarchy has invested enormous political capital in depicting Vladimir Putin as an unmitigated archvillain. Relevant history was irrelevant, to be ignored or denied.

With dutiful conformity from most Democrats in Congress, the party elites doubled, tripled and quadrupled down on the emphatic claim that Moscow is the capital of, by any other name, an evil empire. Rather than just calling for what's needed—a truly independent investigation into allegations that the Russian government interfered with the U.S. election—the party line became hyperbolic and unmoored from the available evidence.

Given their vehement political investment in demonizing the Russian president, Democratic leaders are oriented to seeing the potential of detente with Russia as counterproductive

in terms of their electoral strategy for 2018 and 2020. It's a calculus that boosts the risks of nuclear annihilation, given the very real dangers of escalating tensions between Washington and Moscow.

Along the way, top party officials seem bent on returning to a kind of pre-Bernie-campaign doldrums. The new chair of the Democratic National Committee, Tom Perez, can't bring himself to say that the power of Wall Street is antithetical to the interests of working people. That reality came to painful light this week during a live appearance on national television.

During a 10-minute joint interview along with Bernie Sanders on Tuesday night, Perez was a font of exactly the kind of trite empty slogans and worn-out platitudes that oiled the engines of the dismal Clinton campaign.

While Sanders was forthright, Perez was evasive. While Sanders talked about systemic injustice, Perez fixated on Trump. While Sanders pointed to a way forward for realistic and far-reaching progressive change, Perez hung onto a rhetorical formula that expressed support for victims of the economic order without acknowledging the existence of victimizers.

In an incisive article published by The Nation magazine, Robert Borosage wrote last week: "For all the urgent pleas for unity in the face of Trump, the party establishment has always made it clear that they mean unity under their banner. That's why they mobilized to keep the leader of the Congressional Progressive Caucus, Representative Keith Ellison, from becoming head of the DNC. It's why the knives are still out for Sanders and those who supported him."

While Bernie is hardly a reliable opponent of U.S. war policies, he is significantly more critical of military intervention than the Democratic Party leaders who often champion it. Borosage noted that the party establishment is locked into militaristic orthodoxies that favor continuing to inflict the kind of disasters that the United States has brought to Iraq, Libya and other countries: "Democrats are in the midst of a major struggle to decide what they stand for and who they represent. Part of that is the debate over a bipartisan interventionist foreign policy that has so abjectly failed."

For the Democratic Party's most hawkish wing—dominant from the top down and allied with Clinton's de facto neocon approach to foreign policy—the U.S. government's April 6 cruise missile attack on a Syrian airfield was an indication of real leverage for more war. That attack on a close ally of Russia showed that incessant Russia-baiting of Trump can get gratifying military results for the Democratic elites who are undaunted in their advocacy of regime change in Syria and elsewhere.

The politically motivated missile attack on Syria showed just how dangerous it is to keep Russia-baiting Trump, giving him political incentive to prove how tough he is on Russia after all. What's at stake includes the imperative of preventing a military clash between the world's two nuclear superpowers. But the corporate hawks at the top of the national Democratic Party have other priorities.

Norman Solomon is coordinator of the online activist group RootsAction.org and executive director of the Institute for Public Accuracy. He is the author of a dozen books, including "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death."